



⇒ **Thomas Biebricher**

Nicht nur in Hinterzimmern. Christian Glossners Studie zur Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft

Christian L. Glossners Buch hat sich zum Ziel gesetzt, den Prozess der Etablierung bzw. Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem Westdeutschlands im Zeitraum 1945–1949 zu untersuchen. Die zentrale Annahme lautet, dass bei diesem Prozess innerdeutsche Akteure und nicht ausschließlich die alliierten Besatzungsmächte eine entscheidende Rolle spielten, und dass er darüber hinaus nicht im arkanen Raum polit-administrativer Hinterzimmer, sondern im Licht der post-nationalsozialistischen Öffentlichkeit entschieden worden sei. Um diese These, die auch als Grundannahme der Studie fungiert, zu belegen, widmet sich der Autor im ersten Teil der Arbeit unter der Überschrift ›Konzeption und Kommunikation‹ (40–182) ohne weitere methodologische Umschweife zunächst einer faktenhistorischen Rekonstruktion der unmittelbaren Nachkriegszeit im Hinblick auf den politisch-publizistischen Wiederaufbau, d.h. der schrittweisen Zulassung von Zeitungen, Nachrichtenagenturen und Parteiorganisationen, an die sich die ersten Wahlen auf kommunaler und später auf Landesebene anschließen (40–69). Hier handelt es sich einerseits um wichtige Rahmenbedingungen für die in Frage stehenden Prozesse, nämlich die zumindest in Rudimenten vorhandenen Strukturen einer Öffentlichkeit, andererseits aber auch um wichtige Akteure, nämlich die wieder oder neu entstehenden Parteiorganisationen, deren Wirken der Autor besondere Bedeutung bei der Richtungsentscheidung zugunsten der Sozialen Marktwirtschaft attestiert. Bevor jedoch die Positionierungen der verschiedenen Parteien im umkämpften Feld der Wirtschaftspolitik analysiert werden, beschäftigt sich der Autor in einem ersten Kapitel mit den theoretischen Quellen,

aus denen sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft speist (70–116).

Zurecht geht Glossner, der hauptberuflich bei einer Management-Beratung tätig ist und daneben als Dozent an der Universität Oxford unterrichtet, von

Glossner, Christian L. (2014): *Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die politische Vermittlung und gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft im Nachkriegsdeutschland*, Baden-Baden: Nomos. 303 S., ISBN 978-3848718443, EUR 59,00.

DOI: [10.15496/eug.v0i1.304](https://doi.org/10.15496/eug.v0i1.304)

heterogenen Strömungen aus, die sich nicht zuletzt in den internen Spannungen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft widerspiegeln. Die Unterscheidung dreier theoretischer Bezugspunkte bzw. Traditionen ist nicht unüblich, und zumindest die Differenzierung zwischen der Freiburger Schule des Ordoliberalismus um Walter Eucken und der Kölner Schule um Alfred Müller-Armack auch völlig einleuchtend. Ob es tatsächlich sinnvoll ist, zwischen Freiburger Schule und den sogenannten ›Freiburger Kreisen‹ noch einmal zu unterscheiden, ist sicherlich diskussionswürdig; doch im Zweifelsfall spricht es vor allem für den Sinn für Nuancen auf Seiten des Autors, der sich mit diesen Unterscheidungen sorgfältig von Arbeiten abgrenzt, die Neo- und Ordoliberalismus letztlich rest- und spannungslos in der Sozialen Marktwirtschaft aufgehen lassen, ohne die zweifellos vorhandenen Konflikte zwischen den verschiedenen Theorieströmungen wie auch die Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik ausreichend zu würdigen (vgl. Ptak 2004).

Doch abgesehen von der inhaltlichen Charakterisierung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung, die von der jeweiligen Gruppe vertreten wurde, über die in einzelnen Punkten sicherlich kontrovers zu diskutieren wäre, liegt der intellektuelle Mehrwert dieses Kapitels vor allem im Herausarbeiten der jeweiligen Durchsetzungsstrategien (Ausrichtung der Einflussnahme auf Eliten und/oder breite Öffentlichkeit) sowie in der Dokumentation der Vermittlung von Politik und Wissenschaft im Rahmen von Sachverständigenräten auf verschiedenen Ebenen, in die sowohl Eucken als auch Müller-Armack berufen wurden – aber auch im Nachzeichnen der Verbindungen zwischen einzelnen Wissenschaftlern und Parteiorganisationen: So war etwa der Ordoliberale Franz Böhm seit 1945 CDU-Mitglied mit späterem Bundestagsmandat. Der ebenfalls dem Ordoliberalismus zuzuordnende Leonhard Miksch war hingegen – dies überrascht auf den ersten Blick etwas – Mitglied bei der seinerzeit noch stark sozialistisch orientierten SPD. Der spätere Wirtschaftsminister und Kanzler Ludwig Erhard wiederum stand nicht nur in Kontakt mit diversen hier erwähnten Forschern, sondern war auch Mitglied der 1947 auf Initiative Friedrich August von Hayeks gegründeten *Mont Pèlerin Society*, in der sich vor allem akademische Vertreter des Neoliberalismus austauschten und vernetzten. Diese Zusammenhänge sind keineswegs unbekannt, aber Glossner belegt sie in seiner von der Konrad Adenauer Stiftung unterstützten Studie faktenreich unter anderem mit Bezugnahme auf Briefkorrespondenzen und anderes Archivmaterial.

Im Rahmen der Einschätzung des relativen Erfolgs der jeweiligen Popularisierungsstrategien am Ende des ersten Kapitels findet sich

auch bereits der Erklärungsansatz, den der Autor mit Bezug auf die allgemeinere Frage nach den Durchsetzungsbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft verfolgen wird und der deutlich macht, dass sich die Studie nicht nur als politökonomische Zeitgeschichte, sondern auch als Beitrag zur (Teil-)Disziplin der Politischen Kommunikation versteht. Erfolgreicher bei der Einspeisung ihrer Ideen in den politischen Prozess und im Werben für diese in der Öffentlichkeit war nach Meinung des Autors die Kölner Schule, und zwar aus folgendem Grund:

Wohingegen die ordo-liberale Freiburger Schule weder über ein greifbares Konzept noch über eine koordinierte Kommunikation dessen verfügte, so hatte die Kölner Schule beides. [...] [S]o besaß die Konzeption [der Sozialen Marktwirtschaft, T.B.] einen effektiven und werbewirksamen Titel, der die Vermittlung an die Bevölkerung ermöglichte und erleichterte. (115)

Angesichts der vom Autor auch nicht ausdrücklich bestrittenen Widersprüchlichkeit des Konzepts ließe sich allerdings auch die Hypothese vertreten, dass seine Stärke möglicherweise eher in seiner Funktion als ›leerer Signifikant‹ (vgl. Nonhoff 2006) als in seiner vermeintlichen ›Werbewirksamkeit‹ liegt.

Das folgende Kapitel (117–182) beleuchtet nun die wirtschaftspolitischen Diskussionen und Positionen der politischen Parteien, wobei hier CDU/CSU und SPD im Mittelpunkt stehen. Ob hier viel zu Tage gefördert wurde, was der Parteiengeschichte und Zeitgeschichte der Nachkriegszeit bis dahin unbekannt war, darf bezweifelt werden. Gleichwohl liegt der Wert dieser detailreichen Darstellung, die auf eine Fülle empirischen Materials verweist, im Nachweis der Konflikte und Spannungen, die nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch intern zwischen den diversen Parteiflügeln herrschten. Hier findet sich laut Glossner auch ein wichtiger Erklärungsfaktor für die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft unter Führung der Union: Nicht nur die Sozialdemokraten, auch die vermeintlich stramm marktwirtschaftliche Union stritt über ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung, wie etwa die sogenannten ›Kölner Leitsätze‹ von 1946 mit ihren Forderungen nach Vergesellschaftungen und der Rede von einem ›christlichen Sozialismus‹ belegen. Entscheidend war gemäß der Perspektive des Autors, dass diese Divergenzen innerhalb der Union im Ahlener Programm von 1947 durch Formulierungen kanalisiert bzw. moderiert wurden, die der Partei ein geschlossenes Auftreten ermöglichten, was auf Seiten der Linken nicht der Fall gewesen sei:

Während die Union [...] schließlich über ein kohärentes und vereinendes Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm verfügte, stellte die SPD unter Kurt Schumacher kein eigenes Wirtschaftskonzept vor und kritisierte lediglich die negativen Auswirkungen von Erhards Wirtschaftspolitik... (180).

Auch hier wird deutlich, dass aus Sicht des Autors mehr oder weniger erfolgreiche politische Kommunikation (bzw. deren Voraussetzungen, wie etwa parteiliche Geschlossenheit) den ausschlaggebenden Faktor für die Durchsetzungsfähigkeit von Politik darstellt.

Im zweiten Teil der Arbeit (183–228) unternimmt der Autor unter der Überschrift ›Politische und Öffentliche Meinung‹ den Versuch, die politischen Entwicklungen der unmittelbaren Nachkriegszeit Jahr für Jahr nachzuzeichnen, wobei er sowohl die verfolgte Politik wie auch Meinungsumfragen und Wahlergebnisse miteinbezieht, um zu einer ungefähren Einschätzung der ›Responsivität‹ der politischen Entscheidungsträger zu gelangen. So interessant die Bezugnahme auf Ergebnisse der Meinungsforschung in der Zusammenschau mit anderen politischen Entwicklungen und Ereignissen auch sein mag, so ist doch festzuhalten, dass hier die diversen Phänomene zu einer *Melange* zusammenfließen, in der analytische, konzeptionelle und kausale Zusammenhänge verwischen, so dass der intellektuelle Mehrwert dieser Kapitel über ein informatives und abermals faktenreiches Narrativ hinaus nicht zweifelsfrei zu ermitteln ist. Dies verweist auf ein konzeptionelles Defizit der Studie, nämlich eine fehlende Konzeption von Öffentlichkeit. Zwar deutet der Autor an einigen Stellen bestimmte Grundannahmen bezüglich seiner Vorstellung der Struktur und Funktionsweise von Öffentlichkeit an und nimmt hier sogar *en passant* Bezug auf das anspruchsvolle Öffentlichkeits-Modell von Jürgen Habermas (vgl. 37); aber diese Erwägungen spielen in der materialen Ausarbeitung der Studie keine wirklich sichtbare Rolle – wobei auch zu diskutieren wäre, ob das Modell einer deliberierenden Öffentlichkeit den passenden Referenzrahmen für die Rumpföffentlichkeit des unmittelbaren Nachkriegsdeutschlands abgibt.

Dies verweist auf zwei miteinander verknüpfte Kritikpunkte, die hier abschließend kurz erläutert werden sollen und die sich um die Frage der Bedeutung der öffentlichen Diskussion um die Soziale Marktwirtschaft drehen. Zunächst geht es um die Einschätzung des Autors, nach der die ordoliberalen Orientierung am Individuum auch Implikationen für die Bewertung der Öffentlichkeit gehabt habe: »Dies bedingte eine informierte Öffentlichkeit und deren Einbeziehung in die Wirtschaftspolitik.« (86) Dies scheint mir die demokratieskeptische Hal-

tung des Ordoliberalismus in einem etwas zu milden Licht zu zeichnen. Sicherlich geben sich die Ordoliberalen der Nachkriegszeit im Vergleich zu den Schriften aus der (Vor-)Kriegszeit liberaldemokratisch geläutert, doch die Kritik an der Irrationalität der Massen insbesondere in der Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen sowie der stellenweise szientistisch anmutende Anspruch, durch wissenschaftliche Politikberatung staatliche Wirtschaftspolitik entscheidend zu prägen, die sich etwa im ›Ordo-Manifest‹ »Unsere Aufgabe« von Eucken, Böhm und Großmann-Doerth findet (Böhm/Eucken/Großmann-Doerth 1937), sind an keiner Stelle ausdrücklich zurückgenommen oder relativiert worden – ganz abgesehen davon, dass demokratische Einflussnahme vermittelt über eine deliberierende Öffentlichkeit schlecht in die Architektonik des ordoliberalen Theoriegebäudes passt. Der Autor zitiert selbst Erhards Einschätzung bezüglich begrenzter kognitiver Fähigkeiten und der Verführbarkeit der breiten Öffentlichkeit (vgl. 101); und es erscheint zumindest unklar, auf welcher Grundlage sich die Freiburger Haltung davon kategorial differenzieren ließe.

Der letzte Punkt betrifft das Kernanliegen der Studie, nämlich den Nachweis, dass um die Soziale Marktwirtschaft nicht nur in Hinterzimmern, sondern auch in der Öffentlichkeit gerungen wurde. Diesbezüglich bleibt ein widersprüchlicher Eindruck zurück. Die These wird noch einmal im Fazit der Studie mit aller Emphase bekräftigt (vgl. 230), doch scheint es, als ob die Studie selbst diese Schlussfolgerung nur bedingt stützt. So urteilt der Autor mit Blick auf das Jahr 1949:

Auch wenn Ludwig Erhard [...] versuchte, die Soziale Marktwirtschaft und seine Wirtschaftspolitik breiteren Kreisen zugänglich zu machen, so war die von ihm geführte Verwaltung für Wirtschaft wenig responsiv gegenüber der Öffentlichkeit und die meisten Gesetze erreichten nie den öffentlichen Raum. Daher war die öffentliche Debatte über die Wirtschaftsordnung im Vergleich zur politischen Ordnung gering (227).

Und weiter: »Doch trotz ihrer ambitionierten Bemühungen gelang es den Anhängern der Sozialen Marktwirtschaft kaum, neben der politischen auch die öffentliche Debatte anzuregen.« (231) Letztlich, so räumt Glossner ein,

sind die Erkenntnisse der vorliegenden Untersuchungen betreffend der öffentlichen Meinung über die Liberalisierung der Wirtschaft und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in Nachkriegswestdeutschland zweifellos wenig aussagekräftig (231).

Entscheidend für deren Legitimität sei nicht die gesellschaftliche Akzeptanz gewesen (schließlich wurden die entsprechenden Debatten offenbar kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen), »sondern vielmehr, dass die Politik im Interesse des Volkes handelte und Parlament und Regierung sich zu politischer Kommunikation und politischer Responsivität verpflichtete« (232). Das hat allerdings weniger mit demokratischem Meinungsstreit um Mach- und Wünschbarkeit eines Wirtschaftssystems zu tun als mit der nur bedingt einklagbaren Selbstverpflichtung von kaum durch den öffentlichen Diskurs kontrollierten politischen Instanzen, die sich und anderen gegenüber bekräftigen, im Sinne eines wohlwollenden Paternalismus das aus ihrer eigenen Perspektive Beste für die Menschen zu wollen. Vielleicht ist dies letztlich auch eine viel glaubwürdigere Geschichte der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft.

⇒ Literaturverzeichnis

Böhm, Franz / Eucken, Walter / Großmann-Doerth, Hans (1937): Unsere Aufgabe, in: Böhm, Franz / Eucken, Walter / Großmann-Doerth, Hans (Hg.): Die Ordnung der Wirtschaft 1, Stuttgart / Berlin: Kohlhammer, S. VII–XXI.

Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld: transcript.

Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.

Thomas Biebricher, *1974, Dr. phil., vertritt derzeit die Professur für Politische Theorie und Philosophie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt (thomas.biebricher@normativeorders.net).

Zitationsvorschlag:

Thomas Biebricher (2015): Rezension Glossner Christian: Nicht nur in Hinterzimmern. Christian Glossners Studie zur Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft (Ethik und Gesellschaft 1/2015: Pragmatismus und Sozialethik).

Download unter:

https://open-journals.uni-tuebingen.de/ojs/index.php/eug/manager/files/mm/EuG-1-2015_Rez_Biebricher.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialethik

1/2015: Pragmatismus und Sozialethik

Magnus Schlette,

Verkörperte Freiheit. Praktische Philosophie zwischen Kognitionswissenschaft und Pragmatismus

Annette Pitschmann,

Nach der instrumentalistischen Wende: Moralische Verantwortung bei John Dewey

Jens Kertscher,

Die Unterscheidung zwischen Tatsachen und Werten im Lichte eines undogmatischen Naturalismus

Gesche Linde,

»[...] until [...] the distinct individuals weld together«. Ein Vorschlag zu einer Peirceschen Ethik

Alexander Filipović,

Pragmatistische Grundlegung Christlicher Sozialethik?

Bettina Hollstein,

Skizze einer pragmatistischen Wirtschaftsethik – am Beispiel Korruption